

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilschstr. 17)  
bei C. F. Ulrici & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in L. eserig bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. F. Naube & Co.,  
Haaftenstein & Vogler,  
Kudolph Hoffe.  
In Berlin, Dresden, Görlich  
beim „Invalidendank“.

Nr. 424.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Sonntag, 20. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

### Zum Quartal's-Wechsel

machen wir ergebenst darauf aufmerksam, daß wir zur Bequem-  
lichkeit unserer geschätzten Leser außer in der unterzeichneten Ex-  
pedition folgende Ausgabestellen in hiesiger Stadt errichtet haben:

- Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 7.
- J. Affeltowicz, Wallischei 67.
- H. Berne, Wallischei Nr. 93.
- Gebr. Böhlke, St. Martin.
- Ernst Böhlke, St. Martin.
- Wittwe C. Bracht, Bronnerstr. 13.
- Emil Brumme, Wasserstraße.
- C. D. Burde, St. Martin 60.
- C. D. Burde jun., St. Adalbertstraße 28.
- Ed. Feckert jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Eck 15b.
- Frenzel & Comp., Markt 56.
- Marcus Friedländer, Friedrichs-Strasse Nr. 31.
- Otto Goy, Friedrichstraße 21.
- M. Gräzer Nachf., Mühlen- u. Pauli-Kirchstr.-Ecke.
- Ad. Gumnior, Mühlen- u. St. Martinstr.-Ecke.
- H. Hummel, Breslauerstr. 9 u. Friedr.- u. Lindenstr.-Ecke 19.
- H. Kahlert, Wasserstraße 6.
- M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.
- L. A. Kunfel, Destillateur, Gr. Gerberstraße 40.
- Adolph Lab, Gr. Mitterstraße Nr. 10.
- Restaurateur G. Lehmann, Dromel Nr. 11.
- Wittwe Mairwald, St. Adalbert.
- H. Michaelis, Al. Gerberstr. Nr. 11.
- F. K. Nowakowski, Wiener Platz Nr. 2.
- F. W. Plagwitz, Schützenstraße 23.
- Bruno Ratt, vorm. M. C. Hoffmann, Markt u. Neuestr.-Ecke.
- Anton Radomski in Herzog.
- Samuel Samter, Wilhelmstraße Nr. 11.
- Oswald Schäpe, St. Martin Nr. 23.
- Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.
- Hugo Seidel, Mühlenstraße Nr. 14.
- Ed. Stiller's Wwe., Sapiehaplatz Nr. 6.
- Hugo Spindler, (Carl Heim. Ulrici & C.) Breitestr. 14.
- Gust. Adolph Schleh, Postlieferant Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke.
- Wlad. Alfons v. Unruh, Halbdorferstraße Nr. 9.
- Paul Worberg, Sapiehaplatz Nr. 7.
- Jul. Placzek, Wasserstraße Nr. 8/9.

Abonnements werden bei uns sowie bei sämtlichen Distribu-  
tionsstellen ohne Preisserhöhung entgegen genommen und gelangt  
die Zeitung Morgens 7 Uhr, Mittags 11 1/2 Uhr und Abends  
5 Uhr zur Ausgabe.

### Die Expedition der Posener Zeitung.

### §§ Zur Freihafen-Frage.

Trotz unbedingter Beurtheilung des von dem Reichskanzler  
gegen die Stadt Hamburg eingeschlagenen Verfahrens haben wir  
wiederholt anerkannt, daß es für eine allmälige, schonende, in  
Uebereinstimmung mit den nächsten Interessenten erfolgende Ver-  
einigung der beiden Freihäfen Hamburg und Bremen mit dem  
Zollgebiet gute Gründe gebe. In diesem Sinne möchten wir  
beiläufig auch eine kleine Uebertreibung widerlegen, der man ge-  
genwärtig in der hanseatischen Presse zuweilen begegnet. Es  
wird dort auf die Thatsache verwiesen, daß in großen ausländi-  
schen Seestädten, welche nicht Freihäfen sind, in London, Ant-  
werpen, Marseille zc. doch ein Theil des Hafens und des um  
denselben gelegenen Gebietes den Charakter von Freihäfen habe  
vermöge der Einrichtung zollfreier Niederlagen, Docks, in welche  
die Güter unverzollt gebracht, nach Bedürfnis behandelt und als-  
dann entweder behufs des Verbrauchs im Inlande verzollt oder  
zollfrei wieder ausgeführt werden können. Daß eine solche Ein-  
richtung auch in Hamburg und Bremen im Falle des Ein-  
schlusses dieser Städte in die Zollgrenze getroffen werden müßte,  
wird von keiner Seite bestritten; also, so argumentirt man jetzt  
dort zuweilen, ist der ganze Streit nur ein solcher um ein Mehr  
oder Weniger, ob das künstlich als Zollausland zu behandelnde  
Terrain etwas größer oder etwas kleiner sein soll. Das ist in-  
deß nicht richtig, und da die Freihafenfrage ja auch einmal  
ohne die jetzigen irritirenden Nebenumstände von Neuem ge-  
stellt werden wird, so ist es von Bedeutung, den Irrthum nicht  
unwidersprochen zu lassen. Auch wenn die zollfreien Docks von  
London einen so großen Raum einnehmen, wie jetzt der ganze  
Hamburger Freihafen, so bliebe doch ein wichtiger Unterschied be-  
stehen; solche Docks sind, einerlei wie groß sie sein mögen, nur  
Waaren-Niederlagen, und auf dem Gebiete, das sie bedecken,  
wohnt und lebt daher nur die kleine Anzahl der zu ihrer Be-  
wahrung zc. bestimmten Personen; Hamburg und Bremen dage-  
gen sind große Städte, in denen unzweifelhaft ein erheblicher  
Theil der Bevölkerung ein Interesse an ungehindertem Verkehr  
mit der zum Zollgebiet gehörenden Nachbarschaft hat, während  
die letztere auch ihrerseits vielfach am Fortfall der Zollgrenze im  
eigenen Lande interessiert ist. Also eine bloß quantitative Frage  
liegt nicht vor; je mehr unsere Zollpolitik, auf ihren frühe-  
ren Wegen vorschreitend, den deutschen Tarif vereinfacht, die  
Zahl der zollpflichtigen Gegenstände verringert, das Verzollungs-  
und Kontrolle-Verfahren bequemer gestaltet hätte, um so rascher  
wäre der Augenblick gekommen, wobei Freihäfen als solche unter

der Zustimmung der öffentlichen Meinung aufgehört hätten;  
denn um so eher hätte der Großhandel sich mit bloßen zollfreien  
Niederlagen begnügen können, um so lebhafter hätten daher die  
auf den Eintritt in das Zollgebiet angewiesenen Interessen sich  
geltend gemacht — während jetzt in Hamburg selbst die Ver-  
treter dieser sich der Opposition anschließen, weil sie durch  
eine Beeinträchtigung des Großhandels indirekt mehr zu ver-  
lieren fürchten, als sie unmittelbar gewinnen könnten.

Wie die Dinge jetzt liegen, werden Hamburg und Bremen  
vermuthlich, obgleich sie nicht im Zweifel darüber sein können,  
daß sie einen höchst ungleichen Kampf zu führen haben, densel-  
ben nicht aufgeben, sie werden schwerlich den ihnen von Herrn  
v. Treitschke soeben ertheilten Rath befolgen, sich mit dem Kanzler  
über einen Termin zu verständigen, zu welchem der Eintritt in  
das Zollgebiet zu erfolgen hätte, und dann in der Zwischenzeit  
die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Und zwar wird das  
vermuthlich noch aus einem anderen Grunde nicht geschehen, als  
wegen der, für die Entscheidung der Freihafenfrage allerdings  
sehr schwer wiegenden „Zollreform“ vom vorigen Jahre: näm-  
lich wegen der Rücksichtslosigkeit gegen den Handel überhaupt,  
welche schon während der Tarifdebatten hervortrat und sich in  
der geschäftlichen Behandlung der Freihafen- und der Unterelbe-  
frage im Bundesrath von Neuem gezeigt hat, namentlich auch  
darin, daß über die inhaltreiche hamburgische Denkschrift ohne jede  
nähere Beachtung hinweggegangen ward. Angesichts der in  
solchen und vielen anderen Anzeichen hervortretenden Gesinnung  
der jetzigen Reichsregierung gegen den Handel wäre es nur  
natürlich, wenn man sich in den beiden Hansestädten sagte, daß  
man schlimmstenfalls, beim Unterliegen in dem Kampfe um die  
Freihafenfrage, auch nicht schlechter fahren könne, als wenn  
man auf dem Wege freiwilliger Unterwerfung den jetzt in Berlin  
herrschenden Ansichten in den beiden großen Nordseehäfen freie  
Bahn machte — während man sich sagen wird, daß der Wider-  
stand gegen dieses System dasselbe doch vielleicht überdauern  
könnte. Eine solche Hoffnung aber scheint gerade Angesichts der  
erwähnten Denkschrift des hamburgischen Senats nicht unbegründet,  
die man lesen muß, um es ganz zu würdigen, daß seitens des  
Bundesraths über sie hinweg zur Abstimmung geschritten werden  
konnte. Die darin dargelegten Schwierigkeiten der Errichtung  
einer Zollgrenze bei Cuxhaven sind so groß, daß ihre Berücksich-  
tigung bei der Ausführung der Maßregel die letztere offenbar  
fast illusorisch machen würde. Und dabei bemerkt der Vertreter  
Hamburgs, es werde nur „einiges Material mitgetheilt, wie es  
gerade zur Hand war oder in der zu Gebote stehenden Zeit her-  
beigeschafft werden konnte“, und er behielt sich deshalb die Er-  
gänzung desselben vor.

Wir werden auf den Inhalt der Denkschrift noch zurück-  
kommen; heute sei nur noch ein Gesichtspunkt berührt, der bis-  
her wenig beachtet worden ist, aber alle Steuerzahler  
im Reiche angeht. Er betrifft nicht direkt die jetzt in der er-  
sten Reihe stehende Frage der Zollgrenze auf der Elbe, sondern  
die des Freihafens von Hamburg, welche momentan ein wenig  
zurückgetreten ist; aber selbst Herr v. Treitschke, der über die Furcht  
der Hamburger spottet, daß mit der Zollgrenze bei Cuxhaven eine  
Preßion in der Freihafenfrage geübt werden solle, bemerkt doch  
in demselben Athem vergnügt, jedenfalls werde den Hamburgern  
dadurch einigermassen „der Standpunkt klar gemacht werden“.  
Was das bedeutet, wissen wir aus dem, von Herrn Virchow im  
Reichstage erwähnten Briefe des Kanzlers an den Finanzminister.  
Soll aber in der That auf die Stadt Hamburg ein Druck zu  
dem Zwecke baldigen Eintritts in das Zollgebiet ausgeübt werden,  
dann wird die Frage sehr ernsthaft, ob das nicht für uns Alle,  
die wir die Steuern des Reiches bezahlen — und trotz ihrer in-  
direkten Natur sehr „merken“ — eine höchst bedenkliche Ange-  
legenheit ist. Die Konzentration der jetzt durch ganz Hamburg  
zerstreuten Waaren-Speicher und Niederlagen auf einem abge-  
grenzten Gebiete, in den künftigen „Docks“, ist eine Maßregel,  
deren Kostspieligkeit auch nicht annähernd zu übersehen ist; man  
kann sie gerade so gut auf 200 wie auf 100 Millionen schätzen,  
und wird doch nicht sicher sein, nicht zu niedrig veranschlagt zu  
haben. Es ist aber gar nicht daran zu denken, daß diese Aus-  
gabe der Stadt Hamburg allein aufgelegt werden könnte, und um  
so weniger, je mehr die Maßregel selbst den Hamburgern wider  
ihren Willen aufgedrängt würde; einen großen Theil der Kosten  
wird das Reich übernehmen müssen — und darum hat man auch  
im Binnenlande, nicht bloß aus Theilnahme für Hamburg, son-  
dern auch im eigenen Interesse allen Grund, sich jeder Ueber-  
stürzung in diesen Dingen zu widersetzen.

### \* Interessante Vergleiche.

Die ultramontane „Germania“, dieses Organ für die Ver-  
tretung von „Wahrheit, Freiheit und Recht“, dessen  
Sitz, um des besagten Amtes walten zu können, mit Krupp-  
schen Panzerplatten geschient sein muß, äußert sich über den  
Protest der tiroler Bischöfe gegen Religionsfreiheit

oder vielmehr gegen jede Toleranz und über die hier-  
gegen seitens der Presse erhobenen Widersprüche folgendermaßen:

Die hiesige „kulturkämpferische“ Presse von dem jüdischen „Tage-  
blatt“ bis zur freikonservativ-aristokratischen „Post“ fruktifizirt den  
Protest der drei im Tiroler Landtage sitzenden Bischöfe,  
des Erzbischofs von Salzburg und der Fürstbischöfe von Brixen und  
Trient, gegen die Errichtung von protestantischen Pfarreien in Tirol.  
Die „Post“ knüpft daran eine Reihe von Bemerkungen, die sich über  
die Schimpfereien der Gasse nicht erheben und darum am besten  
ignorirt werden; andere Blätter lamentiren über die in jenem Akte  
angeblich manifestirte Unduldsamkeit und machen leicht verständliche  
Anspielungen auf Repressalien gegen die Katholiken Preußens. Di-  
einfache Thatsache ist die: Die Bischöfe und mit ihnen die Majorität  
des tiroler Landtages erachten durch die Anerkennung protestantischer  
Pfargemeinden das tiroler Landesrecht und die nach ihrer Ansicht  
verfassungsmäßig garantierte Glaubenseinheit verletzt und sind weiter  
der Ansicht, daß die interkonfessionelle Reichsgesetzgebung an den  
Grundsätzen des tiroler Landesrechtes nichts ändere. Daraus begründet  
sich der Protest, den die Bischöfe bei ihrem Eintritt in den Landtag  
abgeben zu müssen glaubten. Wenn unsere kulturkämpferische Presse  
die bekantnen und darum wirkungslosen Schmerzensschreie über katho-  
lische Intoleranz ausstößt, so vergißt sie, daß sich die Protestanten in  
Oesterreich einer beneidenswerthen kirchlichen Freiheit erfreuen, die sie  
selbst wiederholt dankbar anerkannt haben. Gerade protestantische  
Blätter sollten sich hüten, über Intoleranz jenseits der schwarz-gelben  
Grenzfähre zu klagen, während im eigenen Lande die Katholiken  
mit einer Unduldsamkeit behandelt werden, die in anderen Ländern  
kein Beispiel hat. Oder ist das etwa Freiheit, wenn seit Jahren die  
Gefängnisse mit Geistlichen gefüllt sind, deren Verbrechen in Erfüllung  
heiliger Verpflichtungen bestand, oder ist das Toleranz, wenn Priester  
bestraft werden, weil sie den Sterbenden die letzten Tröstungen der  
Religion brachten, oder heißt das die Gewissen respektiren, wenn der  
Straftrichter die Geheimnisse des Beichtstuhls vor sein Forum zieht?  
So lange solche Zustände herrschen, sollte man vorsichtiger mit Klagen  
über Unduldsamkeit sein, die gegen die Katholiken im eigenen Lande  
täglich geübt wird. Wenn die kulturkämpferische Presse für Gewissens-  
freiheit schwärmt und sich als Vertheidigerin der Freiheit der religiösen  
Uebungen gerirt, so hat sie in Preußen ein dankbares Feld der Wirk-  
samkeit: acht Millionen Katholiken barren sehnsüchtig der  
Stunde der Befreiung und würden sich glücklich schätzen, die kirchliche  
Freiheit zu genießen, welche den Protestanten in Oesterreich gewährt ist.

Dem gegenüber sei hier zunächst nur beiläufig bemerkt, daß  
auch in Oesterreich Reichsrecht das Landesrecht bricht,  
was die „Germania“ sehr wohl weiß; sie stellt sich im vor-  
liegenden Falle nur unwissender als sie ist. Im Uebrigen haben  
wir bereits in unserer gestrigen Nummer unter den berliner  
Mittheilungen gezeigt, wie windig es mit der tiroler Glaub-  
enseinheit als landesrechtlicher Einrichtung bestellt ist.

Wenn aber für die „Germania“ hinsichtlich der Religions-  
freiheit das tiroler Landrecht maßgebend ist, warum denn  
nicht auch das preussische Landrecht. Nur daraus ist ja  
der „Kulturkampf“ entsprungen, daß die preussischen Ultramon-  
tanen und mit ihnen in erster Reihe die „Germania“ das in  
preussischen Landen gesetzlich geltende Recht als verbindlich nicht  
anerkennen wollen. Dieses Landrecht setzt die Anzeigepflicht  
der Bischöfe fest, und gegen dieses Landrecht befinden sich die  
Ultramontanen und mit ihnen die „Germania“ im Zustande der  
böswilligen Auflehnung, denn es ist eitel Lüge und Heuchelei,  
wenn sie erklären, die Befolgung dieser Gesetzesvorschrift sei gegen  
die katholische Religion. Woher nun dieser Widerspruch?  
Einfach daher: In Tirol soll die fragliche Religionsfreiheit  
den Protestanten zu gut kommen, wenn auch nur im  
denkbar bescheidensten Maßstabe, nämlich dahin, daß in zwei  
Kirchen protestantische Christen unter sich zusammenkommen,  
beten und Religionsübungen abhalten können. In Preußen  
dagegen fordert die „Germania“ die „Religionsfreiheit“ für die  
Katholiken, aber freilich in einem ganz merkwürdigen  
Sinne, nämlich dahin, daß der italienische Priester, Papst  
genannt, und die preussischen Bischöfe jedesmal darüber sollen entschei-  
den dürfen, ob preussische Staatsgesetze für sie und für die  
preussischen Katholiken verbindlich sind oder nicht. Die preussische  
Regierung soll den Vatikan nicht nur als koordinirte, sondern als  
übergeordnete Macht anerkennen. Somit ist es nur natürlich,  
wenn ein Blatt vom Schlage der „Germania“ so argumentirt: In  
Tirol ist die Religionsfreiheit ungiltig, weil das (angebliche)  
Landesrecht sie verbietet, in Preußen dagegen ist das Landes-  
recht ungiltig, weil es die „Religionsfreiheit“ (nämlich so wie  
sie von den Ultramontanen aufgefaßt wird) verbietet.

Ein überaus anmuthiger Vergleich bietet sich auch aus der  
Mittheilung, welche in der „Politischen Uebersicht“ unserer Don-  
nerstags-Mittagsausgabe enthalten war, derzufolge der Papst die  
österreichische Regierung aufgefordert hat, sie möge bei der  
madridener Konferenz Religionsfreiheit in Marokko ver-  
langen. Also für Marokko verlangt der Papst Religions-  
freiheit, und die österreichische Regierung soll ihm zur Erreichung  
dieser Forderung behilflich sein, in Tirol aber ist dieselbe  
Religionsfreiheit ein Greuel, und die österreichische Regierung soll  
sich dazu hergeben, dort zu unterdrücken, was sie für  
Marokko fordert.

Das ist echt vatikanische Jesuitenmoral und Jesuitenreligio-  
sität.

Der tiroler Vorgang wird noch lehrreicher, wenn die „Tri-  
büne“ recht berichtet ist. Ihr zufolge ist der famose Protest in  
Sinnbrud eigentlich gar nicht das Werk der drei Bischöfe, son-



senner Garde-Landwehr-Bataillons, 1852 zum Generamajor, 1856 Generalleutnant.

Bei der Krönung im Jahre 1861 hatten Se. Majestät der König ... den Prinzen zum Chef des 3. Westfälischen Infanterieregiments Nr. 16 zu ernennen, des Regiments, in welchem derselbe seine Ausbildung begonnen; eine Auszeichnung, die deshalb von besonderem Interesse sein mußte.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

Am 15. d. M. ist das Handbuch über den preussischen Staat für 1880/81 ausgegeben worden. Die neue Ausgabe schließt sich in Einrichtung und Ausstattung den früheren an, und auch diesmal, selbstverständlich abgesehen von den Mittheilungen über die eingetretenen Personalveränderungen, nicht unerheblichen Erweiterungen resp. Erweiterungen zu verzeichnen.

in den Monaten April und Mai 1880 betragen 538,931.40 M. resp. 504,071.35 M. inkl. Baiern und Württemberg.

Wie das königliche statistische Bureau hieselbst, welches beauftragt worden ist, die in Folge Anordnung des Bundesrath im Januar jeden Jahres aufzunehmende Statistik über die Morbidität in den Heilanstalten für Preußen zu bearbeiten, dem Minister des Innern angezeigt hat, haben mehrere Vorstände von Straf- und Gefangenen-Anstalten sich geweigert, die auf die Straf- u. Anstalts-Lazarethe bezüglichen Nachweisungen zu liefern.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Beim Reichskanzleramt sind, wie wir erfahren, mehrere Handelskammern gegen den Erlaß von Vorschriften, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, vorstellig geworden. In den Motiven wird dargelegt, daß es durchaus nicht angezeigt, ja verfehlt erscheint, die von der Verordnung angestrebten Zwecke durch die kalte Mechanik des Gesetzes, statt durch den wohlwollenden Rath eines vernünftigen, über die örtlichen Industrieverhältnisse wohl unterrichteten Fabrikenspektors betätigten zu wollen.

Aus allen diesen Gründen sah der Reichshof von der Statuirung einer Geldstrafe gegen den Angeklagten ab, verurtheilte demselben vielmehr zu 6 Wochen Gefängniß.

In den letzten Tagen, so schreibt die „Voss. Ztg.“, ist in maßgebenden Kreisen die Frage wegen einer Herbstsession des Reichstages ernstlich in Betracht gezogen worden, und zwar haben die aus allen Theilen unseres Vaterlandes eintreffenden Berichte, welche einen ganz bedeutenden Ernteausschlag in Aussicht stellen, Anlaß dazu gegeben. Man fühlt, daß man einer Mißernte gegenüber — und daß wir einer solchen entgegengehen, zeigen deutlicher als alle Berichte die dauernd steigenden Getreidepreise — die Kornzölle nicht aufrecht erhalten kann, und da die Suspensivung derselben, vielleicht auch die vollständige Aufhebung, nicht bis zum Jahre 1881 hinausgeschoben werden kann, so denkt man daran, den Reichstag zum Herbst — vielleicht schon im September — einzuberufen, um ihm eine diesbezügliche Vorlage zu machen. Man darf begierig sein, wie sich das Bündniß zwischen Agrariern und Schutzzöllnern dieser Probe gegenüber bewähren wird.

Auswanderung über Hamburg im Monat Mai. Im verfloffenen Monat wurden direkt über Hamburg mit 9 Auswanderer-Schiffen befördert 3594 Personen männlichen und 2552 Personen weiblichen Geschlechts, indirekt mit 66 Auswanderer-Schiffen 1641 Personen männlichen und 873 weiblichen Geschlechts; mit 5 anderen Schiffen wurden direkt befördert 38 Personen männlichen und 5 Personen weiblichen Geschlechts; es wanderten also über Hamburg im Monat Mai d. J. überhaupt 8703 Personen und zwar 5273 männlichen und 3430 weiblichen Geschlechts aus. Diese Zahlen wurden im letzten Jahrzehnt nur zwei Mal überschritten und zwar im Mai 1872 (10,906 Auswanderer) und im Mai 1873 (10,815 Auswanderer), während dieselben im Monat Mai der übrigen Jahre von 1871—1879 bei Weitem nicht erreicht wurden. Von den Auswanderern des verfloffenen Monats waren 4282 Personen männlichen und 2386 Personen weiblichen Geschlechts über 19 Jahre alt; 734 Auswanderer männlichen und 764 weiblichen Geschlechts waren von 1 bis 10 Jahren alt, während 257 männlichen und 280 weiblichen Geschlechts unter 1 Jahr alt waren. Einzelne männliche Personen wanderten 2816 und einzelne weibliche 773 aus; die übrigen Auswanderer bildeten 1363 Familien. Aus dem Königreich Preußen kamen 3565 Auswanderer, aus dem übrigen Deutschland 1572, aus anderen europäischen Staaten 3366 und aus außereuropäischen Staaten 200. Es gingen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 5189 Auswanderer männlichen und 3373 Auswanderer weiblichen Geschlechts, nach dem übrigen Amerika zusammen 131 Auswanderer; während 3 Personen sich nach Afrika und 7 nach Australien wandten. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai d. J. wanderten über Hamburg 16,649 Personen männlichen und 9287 weiblichen Geschlechts, zusammen also 25,936 Personen aus. Diese Zahl wurde ebenfalls im letzten Jahrzehnt nur im Mai 1872 (30,707 Auswanderer) und im Mai 1873 (34,094 Auswanderer) überschritten, während die Auswanderung im Mai der übrigen Jahre von 1871—1879 weit hinter dieselben zurückblieb.

Strasburg, 17. Juni. Das heutige „Elsass. Journ.“ berichtet über ein etwas skrupulöses Vorgehen der Polizei: Gebweiler trägt im Wappen eine rothe Albanenmütze mit blauem Aufschlag auf silbernem Feld. Dieses Wappen hat das Organisationskomitee des Musikfestes, welches nächsten Sonntag in Gebweiler gefeiert wird, in Farbendruck auf den großen Plakaten ausführen lassen, durch welche in den größeren Städten des Elsas das Fest angekündigt und zu demselben eingeladen wird. Wappen sind geschichtliche Dokumente und bilden ein unangreifbares uneräußerliches Eigenthum, welches vor jeder Antastung, wie vor jedem Verdacht sicher sein sollte. Der Schild von Gebweiler schien doch einem allzu gewissenhaften Beamten verdächtig. Die Albanenmütze konnte für eine prägnante Mütze genommen werden und das Roth und Blau auf weißem Felde sieht bedenklich aus. Das Festkomitee von Gebweiler wurde daher eingeladen, das farbige Wappen mit einem schwarz gedruckten zu überdecken, und um jede Störung des Festes vom 20. Juni zu vermeiden, fügte man sich dieser „Einladung“. Zu konstatiren ist indessen, daß die Polizei in Strasburg, der noch niemals ein übermäßiger Liberalismus vorgeworfen werden konnte, so skrupulös war, als diejenige von Gebweiler, und daß das Wappen von Gebweiler auf unseren Mauern mit den Farben prangt, die es von der Heraldik seit Jahrhunderten erhielt, ohne daß die Ordnung in unseren Straßen gestört wurde. Dieser administrative Akt gehört zu jenen Maßregeln, welche wir nie billigen, weil sie nutzlos sind, von einem engherzigen Sinn ausgehen und weil sie mehr Uebel anrichten, als sie verhindern wollen. Auch Bensfeld, Hagenua und Hatten, sowie Thann und Tels und noch zehn andere elsässische Städte tragen weiß-roth-blau in ihrem Wappen. Sollten nun all diese Städte ihr Wappen nicht mehr zeigen dürfen, weil diese Farben die französische Tricolore bilden? Durch derartige Maßregeln giebt man gerade denjenigen Dingen, die keine Bedeutung haben, eine Wichtigkeit, wo keine entstanden wären, wobei man nicht einmal den Interessen, die man zu vertheidigen vorgiebt, dient. Die gegenwärtige Regierung von Elsas-Lothringen hat wahrlich von der öffentlichen Ausstellung eines dreifarbigigen Stadt-Wappens Nichts zu befürchten. Warum geräth denn einer ihrer Agenten hierüber in Aufregung?

Italien.

[Die Zivilliste des Königs.] Das italienische Ministerium hat das verfassungsmäßig von der ersten Legislatur nach dem Thronwechsel vorotrende Gesetz über die Zivilliste der Kammer vorgelegt. Der Gesetzentwurf bestimmt dem König dieselbe Immobilienausstattung und dieselbe Ziffer der Rente, welche Viktor Emanuel in den letzten Lebensjahren gehabt hatte, obgleich der übermäßige Reichtum der Immobilienausstattung der Krone in einem schreienden Mißverhältnisse zu der Ziffer der Rente steht und König Humbert überdies die Bezahlung sämtlicher Schulden seines Vaters übernommen hat. Gleichwohl forberte der König in Anbetracht der Finanzlage des Staates keine Erhöhung der Rente und erklärte, daß er mit dem jetzigen Betrage derselben zurecht kommen wolle. Der Gesetzentwurf ist in den Kammerausschüssen bereits berathen worden. Ein diesmal von der Rechten ausgegangener Antrag auf Ernennung eines parlamentarischen Ministers des königlichen Hauses und auf Einführung der parlamentarischen Kontrolle der Verwaltung der Zivilliste fand keinen Anklang.

Großbritannien und Irland.

[Das englische Unterhaus] hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, seine Sitzung am 17. Juni abermals mit einer Debatte über D'Donnells unziemliche Interpellation in Betreff des französischen Botschafters verschwendet. Der Wiederholung der Besprechung im Unterhause wurde mit Besorgniß entgegengesehen. Daß diese Besprechung in Frankreich falsch aufgefaßt werden wird, läßt sich beinahe gar nicht vermeiden. Die Schuld an dem ungebührlichen Vorfalle fällt nicht ganz allein

D'onnell zu. Wenn auch gegen Frankreich nichts Böses beabsichtigt wurde, so ist dem taktlosen Irlande doch thatsächlich von anderen Seiten mittelbare Aufmunterung zu Theil geworden. Es heißt in London, das gesammte Personal der französischen Botschaft habe entweder infolge der Ernennung Challemeil-Lacours, oder aber infolge der Besprechung im Parlament seine Entlassung erbeten.

## Rußland und Polen.

© Petersburg, 16. Juni. [Die Berliner Nachkonferenz, Deportation.] Wenn vor zwei Jahren, als in Berlin der große Kongreß tagte, Aller Augen auf die Hauptstadt des deutschen Reiches gerichtet waren, weil Alle ahnten, daß nur dort die Entscheidung über die Zukunft, über die Erhaltung des europäischen Friedens lag, bringt man hier der Nachkonferenz nur ein sehr geringes Interesse entgegen, was schon daraus erhellt, daß die Hauptblätter in wenigen Zeilen, der „Golos“ gar nur in der politischen Uebersicht ihrer erwähnen. Das „Nowoje Wremja“ spricht sogar in dem der Nachkonferenz gewidmeten kurzen Artikel die Befürchtung aus, daß sie, statt den Frieden endgültig zu befestigen, nur das Fundament zu neuen Verwicklungen legen, vielleicht gar bald einen neuen Krieg anfachen wird. Die Schuld hieran soll der Vorschlag Deutschlands sein, daß die Konferenz Griechenland nicht die Vollmacht zur Oskupierung der ihm auf dem Papiere zugesprochenen Gebiete geben dürfe. Dies ist die Ursache, daß noch im letzten Augenblicke die Ueberzeugung von der gänzlichen Fruchtlosigkeit dieser Diplomatenversammlung Platz greift. Es sei übrigens doch auch sehr komisch, zur einfachen Feststellung einer Grenzlinie einen so komplizirten diplomatischen Apparat in Bewegung zu setzen. Die Hauptsache ist aber, daß das Reduziren der Arbeiten der Konferenz auf ein so bedeutungsloses Resultat den Beweis dafür liefert, daß zwischen den europäischen Großmächten durchaus nicht die Uebereinstimmung herrsche, von der man so laut spricht, und der erst vor einigen Tagen der englische Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein so glänzendes Zeugniß ausgestellt hat. Wo der Zankapfel liegt, ist unbekannt; er wird sorgfältig den Blicken des Publikums entzogen. Man könne nur annehmen, daß einige Mächte die Beschleunigung der Katastrophe im Orient wünschen, während die anderen bestrebt sind, sie möglichst weit hinauszuschieben. Der europäische Areopag werde Griechenland nochmals das zusprechen, was ihm bereits zugesichert, doch nicht in Besitz zu nehmen gestattet ist. Auch nach der Konferenz würde Griechenland sich mit exemplarischer Geduld zu waffnen haben, welche — nach den Worten des Grafen Beaconsfield — den Kleinen so wohl steht. Es sei jedoch — sagt das „Nowoje Wremja“ — zweifelhaft, ob die Nachkonferenz ihren Zweck erreichen wird; die Pforte wird in ihren verächtlichen Gliedern wiederum einiges Feuer verspüren und der Welt noch eine Zeit lang zeigen, daß sie schlecht zu regieren und lediglich das Wohl der Bevölkerung zu zerstören versteht. Die Diplomaten werden es nicht vermögen, die türkische Regierung zu zwingen, den Frieden im Innern durch Reformen zu sichern. England und Frankreich kommen zur Konferenz mit fertigen Plänen; beide Mächte schließen sich immer fester an einander, und es stehe zu erwarten, daß, wenn sie in Europa keine Unterstützung ihrer Pläne finden, sie alle bisherigen Beschlüsse umstoßen und so Europa weit mehr beruhigen werden, als es durch ein energisches Auftreten gegenüber der Pforte der Fall wäre. Dies ist übrigens mehr oder minder die Ansicht aller größeren russischen Blätter. — Der erste Frühlingstransport politischer Gefangener ist vor Kurzem in Tjumen angelangt. Die Zahl der Deportirten beläuft sich auf 64, von denen 20 zur Strafarbeit Verurtheilte sofort per Dampfer nach Tomsk geschickt wurden; 11 bleiben in Westsibirien; 10 werden auf Anstalt gefandt, die übrigen verbleiben unter Polizeiaufsicht in Tjumen.

zz. Warschau, 17. Juni. [Wechsel im Generalgouvernement. Polnisch-reformirte Synode. Zur Stimmung in Polen.] Unser bisheriger Generalgouverneur Graf Rogebue hat Warschau bereits verlassen und sich mit der Warschau-Wiener Bahn dieser Tage ins Ausland begeben. Der im russischen Staatsdienst ergrauete baltische Edelmann, der eine mehr als 60jährige Dienstzeit hinter sich hatte, konnte sich in der letzten Zeit nicht mehr recht mit den immer mehr hervortretenden panslawistischen Bestrebungen befreunden, zumal er oft genug Gelegenheit hatte, wahrzunehmen, wie sehr das kurländische deutsche Element in gewissen Kreisen gehaßt wird. Ist es doch hier ein offenes Geheimniß, daß auch die Gemahlin des Grafen Rogebue, welche der russischen Sprache nicht mächtig ist, bei einer Anwesenheit des Hofes in Warschau von der Großfürstin-Thronfolgerin ostentativ in russischer Sprache angeredet wurde, worauf sie aber nicht antworten konnte. Graf Rogebue hat hier im Lande mit verhältnismäßiger Milde geherrscht und sich auch in polnischen Kreisen manche Sympathien erworben. Das von ihm verwaltete Generalgouvernement war in der letzten Zeit das verhältnismäßig am ruhigste. Man sagt auch, daß Graf Rogebue mit der Diktatur des Armentiers Loriz-Melkow, eines bei Weitem jüngeren Beamten, nicht recht zufrieden war. Der Nachfolger des Grafen Rogebue, General v. Albedynski, hat sein neues Amt bereits angetreten und seinen Amtsantritt auch schon den Untergouverneuren notifizirt. In polnischen Kreisen verspricht man sich, so überraschend man auch sonst stets auf alle möglichen Konzessionen hofft, von dem neuen Generalgouverneur, der bisher in Wilna ein strenges Regiment hielt, nicht allzu viel Polenfreundlichkeit. — Die hier zusammengetretene polnisch-reformirte Synode hat am letzten Dienstage ihre Sitzungen beendet. Die Synode war von 60 Mitgliedern besucht. Im Allgemeinen erfreuen sich die polnischen Protestanten bekanntlich großer Sympathien in Deutschland, und die ärmeren polnisch-protestantischen Gemeinden, denen es meist an Mitteln fehlt, um sich Kirchen zu bauen, werden reichlich aus Deutschland unterstützt. Wer weiß auch, wie sich das Verhältniß zwischen beiden Völkern gestaltet hätte, wenn in Polen die einst so blühende Re-

formation nicht durch die Juiten vernichtet worden wäre, die Reformen, durch welche die Polen würdig in die Reihe der westlichen Kulturnationen stellten! Die Synode nahm u. A. eine Schenkung entgegen, welche die Familie des verstorbenen Superintendenten Splejnski der hiesigen reformirten Kirche gemacht hatte. Das Geschenk besteht aus einer Bibliothek von 500 theologischen Büchern, zum Theil sehr werthvollen polnischen Reformationschriften. — Der materielle Wohlstand unseres Landes theils ist immer mehr im Wachsen; die Wunden des letzten Aufstandes sind längst vernarbt, die Industrie blüht und versorgt mit ihren Erzeugnissen ganz Rußland. Wie groß die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse ist, geht wohl schon daraus hervor, daß man sich immer mehr mit der russischen Herrschaft auszuföhnen beginnt, was vor 16 Jahren für kaum denkbar gehalten worden wäre. Namentlich sind es die Fabrikantenkreise, welche wissen, daß sie allein durch den Zusammenhang mit Rußland gewinnen können, weil die polnische Kultur der russischen überlegen ist. Alte Nationalpolen klagen freilich darüber, daß mit dem Aufschwung in wirtschaftlicher Beziehung auch ein gewisser Materialismus und ein Nachlassen der alten schwärmerisch-polnischen Ideen sich bemerkbar mache. Mehr und mehr beginnt sich die jüngere Generation in die jetzigen Verhältnisse zu fügen, während die ältere noch immer bei ihrem Groll bleibt.

## Türkei.

[Enthüllungen über die nicht erfolgte Besetzung Konstantinopels durch die Russen.] Der Verfasser des bereits erwähnten Aufsatzes über den russisch-türkischen Krieg (der Großfürst Nikolaus, wie man in Paris mit größerer Bestimmtheit als jemals versichert) beschließt in der „Nouvelle Revue“ seine Enthüllungen. Er behandelt sehr eingehend die Umstände, unter welchen sich der schwierige Balkanübergang vollzog, läßt es sich aber vorzüglich angelegen sein, zu schildern, wie es gekommen, daß die russische Armee vor Konstantinopel stehen blieb, obgleich es ihr ein Leichtes gewesen wäre, sich der türkischen Hauptstadt zu bemächtigen und so den Krieg bis zum Ende zu treiben. Die Waffenstillstands- und Friedensunterhandlungen hatten schon am 9. Januar begonnen, an demselben Tage, wo die Nachricht von dem Falle Schipla's ins Hauptquartier des Großfürsten gelangte. Der Großfürst selber wünschte, sie möglichst schnell zu Ende zu führen, wurde aber daran verhindert, einmal durch die ausdrücklichen Befehle aus St. Petersburg, welche ihn anwiesen, die türkischen Bevollmächtigten hinzuhalten und zugleich die militärischen Operationen mit der größten Energie fortzusetzen, zum Andern durch die beständigen Zögerungen der türkischen Bevollmächtigten selber. So kam es, daß das Hauptquartier schon nach Adrianopel verlegt war, ehe man zur Unterzeichnung der Präliminarien gelangte. In diesem Augenblicke aber und nachdem die Engländer ihre Demonstrationen im Marmora-Meere gemacht hatten, wäre es der Wunsch des Großfürsten gewesen, Konstantinopel und Gallipoli zu besetzen. Er telegraphirte nach Petersburg am 22. Febr. und motivirte seine Ansicht. Die Antwort blieb aus, und da die Pforte am 27. Februar alle Bedingungen annahm, so blieb dem Oberbefehlshaber nur übrig, in die Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu willigen. Zwei Tage später erhielt er den am 24. abgegebenen Befehl, hart vor Konstantinopel zu rücken. Zur Ausführung desselben war es zu spät. Aber noch eine zweite Depesche ging momentan verloren. Sie befahl ihm, in Konstantinopel einzurücken, wenn die Engländer im Bosphorus erschienen. Als das Telegramm nach zehntägiger Reise in die Hände des Großfürsten gerieth, hatten die Engländer den Bosphorus verlassen. Der Verfasser erklärt die Verspätung dadurch, daß das Telegramm, welches seinen Weg über Konstantinopel nehmen mußte, von den Türken festgehalten und dem englischen Botschafter übergeben wurde, worauf dieser die Entfernung der englischen Flotte bewirkte.

## Asien.

[Eine japanische Thronrede.] Die offiziöse „Tokio Times“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 10. April einen Auszug aus der bemerkenswerthen Rede, welche der Mikado vor den in seinen Palast berufenen Gouverneuren der verschiedenen Provinzen des Reiches gehalten hat. Wir entnehmen derselben folgende Stellen:

„Als ich den Thron bestieg“, sagte unter Anderem der Beherrscher des „Sonnenaufgangs-Reiches“, „habe ich die Hilfe meiner berühmten Vorfahren angerufen, um die alte Macht meiner Dynastie wieder herzustellen, große Reformen in meinem Reiche einzuführen und die Wohlfahrt meiner treuen Unterthanen zu entwickeln. Unter den erzielten Verbesserungen ist eine der wichtigsten die Abschaffung des Feudalsystems. Die von mir befolgte Politik ist, wie die Erfahrung es gezeigt hat, eine glückliche gewesen. — Die mit Besonnenheit in der Regierung, sowie in der Verwaltung eingeführten Reformen werden sicher den Fortschritt befördern, und ich rechne fest darauf, mein Volk die Wohlthaten des konstitutionellen Systems genießen zu lassen. Es bleibt jedoch noch viel zu thun übrig; die Bevölkerung, Beute innerer Unruhen, hat nicht oft Gelegenheit gehabt, sich der Güter des Friedens zu erfreuen. — Der Adel ist besser unterrichtet, aber im Allgemeinen arm, und seine reichen Mitglieder sind unglücklicher Weise die unwissendsten. Ich halte darauf, daß diese unglückliche Lage sich bessere, und hoffe, meine Beamten werden mich mit aller ihrer Kraft und allem ihrem Wissen unterstützen, um diese schwierige Aufgabe zu vollbringen. Ihr Gouverneure der Provinzen kennt die Bedürfnisse eurer Verwaltungskreise, und ich wünsche, daß Ihr Euch bemüht, meinen Instruktionen nachzukommen, und daß Ihr meine Pläne zum größeren Wohlfahrt des Vaterlandes ausführt. — Wenn sich in euren Provinzen wohlunterrichtete Adelige befinden, die jedoch der nöthigen Mittel entbehren, um aus ihren Kenntnissen Vortheil zu ziehen, so sollt Ihr ihnen zu Hilfe kommen, und wenn sie es verlangen, ihnen angemessene Anstellungen zu Theil werden lassen. Diejenigen, welche des Wissens ermangeln, sollt Ihr hingegen auffordern, von den zahlreich, ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, sich zu unterrichten, Gebrauch zu machen. — Wenn einige meiner Unterthanen, ungenügend in den politischen Angelegenheiten des Landes bewandert, die Handlungen meiner Regierung kritisiren oder ihre Unzufriedenheit betreffs der von ihr in Anwendung gebrachten Maßregeln ausdrücken sollten, werdet Ihr deren Urtheil unzustimmen und sie von der Nothwendigkeit der ergriffenen Maßregeln zu überzeugen trachten. Vermeidet aber jede Gewaltthatigkeit, wendet lediglich die Ueberredung an und ertheilt ihnen gute Rathschläge. Gelt mir, die großen Projekte, welche ich für das Glück meines Volkes mit gebildet habe, auszuführen, damit auf diese

Weise unser Land seinen Einfluß vermehre und auf der Bahn der Zivilisation fortzuschreite.“

## Amerika.

[Zur Einwanderung in Brasilien.] Es mag von Interesse sein, einige Notizen aus den Beobachtungen eines Reisenden (des Grafen Ursel in seinem unlängst erschienenen Buche Sudamérica) zu lesen, der die Verhältnisse der europäischen Eingewanderten auf den Kaffeepflanzungen in Brasilien eingehend studirte. Bekanntlich zieht sich ein nicht unerheblicher Theil der Europäer nach Brasilien hin, und ebenso bekannt ist, daß fast die Mehrzahl dieser Auswanderer in ihren Hoffnungen bitter getäuscht werden. Der Kontrakt, welcher zwischen den großen Grundbesitzern und den Eingewanderten geschlossen wird, hat für den armen Teufel, der nichts sein nennt, etwas Verführerisches und Blendendes. Der Erstere trägt einen Theil der Reisekosten und sichert dem Kolonisten ein Haus mit kultivirtem Boden. Je nach der Zahl und der Brauchbarkeit der Arme, welche der Letztere zur Verfügung stellen kann, erhält er ein Stück Kaffeeland zu bearbeiten. Ist die Ernte eingebracht, so theilt der Plantagenbesitzer den Ertrag jenes Stückes Landes, das der Kolonist bearbeitet hat, in zwei gleiche Theile, von denen der Eine dem Eigenthümer, der Andere dem Arbeiter zufällt. Auf den ersten Anblick scheint das Geschäft für den Eingewanderten sehr glänzend zu sein, und mit etwas Glück gedenkt er es mit der Zeit ziemlich weit zu bringen, wenigstens weiter als in der alten Heimath. Ist aber das Jahr schlecht und will es das Unglück, daß zwei oder noch mehr Missernten aufeinanderfolgen, so stellt sich die Lage des Kolonisten recht schlimm. Er erhält eben fast gar nichts, während der Besitzer den Ausfall auf diesem Landstrich durch gute Ernten auf anderen Punkten vollständig ausgleicht. Tritt noch Schädigung, hervorgerufen durch Unkenntniß des Landes und der dortigen Verhältnisse hinzu, stellen sich Krankheiten ein, so vermehrt sich das Guthaben des Besitzers, das regelmäßig durch einen Vorstoß auf die Reisekosten oder die nothwendige häusliche Einrichtung hervorgerufen wird, außerordentlich rasch, was um so leichter erklärlich ist, weil der Schuldner sein Kapital zu den für ihn viel zu hohen Zinsen von 8 Prozent verzinsen muß. Jetzt möchte der entmutigte Ansiedler wieder fort, aber sein Kontrakt bindet ihn, die Schulden halten ihn zurück und er ist seinem Herrn somit auf Gnade und Ungnade anheimgelassen. Es giebt allerdings auch Niederlassungen, wo die Verhältnisse gesünder sind; leider gehören diese bis jetzt noch zu den Ausnahmen. Die Auswanderer (oder hier besser gesagt) die Einwandererfrage ist für Brasilien von ganz eminenter Bedeutung und sie wird von Jahr zu Jahr akuter. Die gegenwärtig vorhandenen Arbeitskräfte reichen bei Weitem nicht aus zur produktiven Bearbeitung des Bodens. In Folge des Emanzipationsgesetzes ist die Verwendung von Sklaven in nicht allzu ferner Zeit unmöglich. Nach 20 Jahren (es dauert nicht einmal mehr so lange) wird der Weiße in Brasilien die Arbeitskraft seines schwarzen Bruders nicht mehr in der bisherigen Weise ausnützen können. Aber was dann? Soll der Neger durch Ansiedler ersetzt, resp. ergänzt werden? Die Sache hat bedeutende Schwierigkeiten und brachte der brasilianischen Regierung bis jetzt weit mehr Verdruß als Vortheil ein. An erster Stelle muß die Lokalbehörde sich endlich dazu verstehen, den Auswanderer auf jede Weise gegen die schmähtlichen Ausnutzungen, denen dieser nur zu oft ausgesetzt ist, energisch zu schützen. Die Abschaffung der Sklaverei wird einen Theil dieser brennenden Frage lösen (während dieselbe auf der anderen Seite die Schwierigkeiten vergrößert), indem der Wegfall einer bedeutenden Summe von Arbeitskraft die Mehrzahl der Großgrundbesitzer zwingen wird, einen großen Theil ihres Grundeigentums zu veräußern, da derselbe sonst aus Mangel an Arbeitskräften brach liegen bleiben müßte. Gegenwärtig ist der Reichthum Einzelner in Ländereien geradezu kolossal. Für den Staat kann es aber nur von Vortheil sein, wenn fremde Ansiedler sich als unabhängige Bürger auf diesem so reich gesegneten Boden niederlassen. Er wird dann auch eher im Stande sein, die kleineren aber unabhängigen Besitzer energischer zu schützen, als wie das bisher der Fall war, wo zwischen Staat und Einwanderer der alles vermögende Großgrundbesitzer steht. Es ist somit die Einwandererfrage von ganz enormer national-ökonomischer und auch politischer Tragweite. Die nächsten Jahre werden auf diesem Felde Arbeit genug für eine energische Thätigkeit bieten.

## Aus dem Gerichtssaal.

\* Soll Jemand im Einverständnis mit Wilddieben das unrechtmäßig erlegte Wild vom Orte der That ab und bringt er es in Gemeinschaft mit den Wilddieben in Sicherheit, so ist er, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 13. April d. J., nicht nur als Begünstiger, sondern als Theilnehmer an dem Jagdvergehen zu bestrafen.

\* Bahnwärter sind, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, III. Strafsenats, vom 10. April 1880, bei der Ausübung der Bahnpolizei durch dieselben, Beamte, denen gegenüber die Kennung eines falschen Namens als Uebertretung aus § 360 Nr. 8 des Strafgesetzbuches zu bestrafen ist.

\* Ein Strafurtheil, welches die Thatfachen nicht angiebt, deren der Angeklagte als überführt erachtet wird, unterliegt, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts I. Strafsenats, vom 15. April d. J., der Aufhebung.

\* Die Vorzeigung eines unrichtigen Postschens seitens des Schuldners an den mit der Exekution beauftragten Beamten, um die Vollstreckung zu hintertreiben, ist nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 23. März d. J., nur dann als Betrug zu bestrafen, wenn festgestelltemachen damit die Absicht verknüpft gewesen, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen zu wollen.

\* Die in dem Gesetz vom 22. April 1875 verordnete Einstellung sämtlicher in den Diözesen für die Geistlichen bestimmten Leistungen aus Staatsmitteln erstreckt sich, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, IV. Strafsenats, vom 1. April d. J., auch auf die Leistungen, welche der Staat nicht aus der allgemeinen Fürsorge für den Religionskultus, sondern aus einem privatrechtlichen Rechtstitel, beispielsweise als Fort- und Domänenfiskus, gewährt.



endlich in der Person eines ehemaligen bestrafte Schlofferlehrers...

Schubin, 18. Juni. [Auswanderung nach Amerika. Bericht.]

Schwerin a. W., 17. Juni. [Fahrmarkt. Wahl. Lehrerkonferenz.]

Bromberg, 18. Juni. [Beerdigungsfest.]

Schneidmühl, 18. Juni. [Messeraffaire. Neues Landgerichtsgebäude.]

Viktoria-Theater.

Posen, den 19. Juni. Am Donnerstag eröffnete Frl. Jenny Stubel vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater zu Berlin ihr mehrere Abende umfassendes Gastspiel.

punkt. Hier wirkte auch namentlich Frl. Hugot (Lydia) durch den bekannten hohen langgezogenen Ton, den sie mit schmetternder Bravour ertönen ließ.

Recht hübsch verlief dagegen wieder die gestrige Vorführung des „kleinen Herzogs“, die leider vor einem nur spärlich besetzten Hause sich abspielte.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 18. Juni. [Wollmarkt.] Auch heute ist von irgendwie bemerkenswerther Kaufkraft auf den Woll-Lagern nichts zu verspüren.

Warschau, 16. Juni. [Original-Wollmarktbericht.] Seit gestern hat sich die Situation wenig geändert; der Gang der Geschäfte ist flau und schleppend.

Russischer gegenseitiger Bodenkreditverein. Der russische gegenseitige Bodenkreditverein hat seit dem 1./13. Juni mit der Ausgabe von Hypothekendarlehen in Papierwährung an Grundbesitzer begonnen.

Vermischtes.

Man liest im Golos: Das Lyceum „Alexander“, das vor-malige Lyceum von Tsarsko-Selo, in welchem der Dichter Puschi-n seine Bildung erhielt, hat, um das Andenken seines berühmten Schülers zu feiern, beschloffen, eine Bibliothek zu gründen...

stand der Gleichgültigkeit des Publikums zuschreiben wollte; vielmehr ist die letzte Auflage seit langer Zeit vergriffen, und die einzelnen zerstreuten Bände, denen man von Zeit zu Zeit begegnet, werden mit 25 und 35 Rubel bezahlt.

Gegen den Krebs soll schon wieder ein Mittel entdeckt worden sein. Im königlichen Spital zu Birmingham ist der Arzt der Chirurgie, John Clay, durch eine Anzahl von Experimenten zu der Ueberzeugung gelangt, daß der für unheilbar gehaltene Krebs ohne chirurgische Operation mittelst Terpentins aus Chios oder Cyprien nicht bloß aufgehalten, sondern sogar geheilt werden könne.

Briefkasten.

Ein Abonnent in Posen. Sobald uns die Verlosungsliste der Mailänder 10 Lire Loose zugehen wird, werden wir sie auch, wie wir das bisher immer gethan haben, publiciren.

R. A. Posen. Wenn Sie glauben, Grund zu einer Beschwerde darüber zu haben, daß die Herren Direktoren und Lehrer der hiesigen Mittels-, Bürger- und Elementarschulen, wie Sie angeben, die Schulfinder dazu zwingen, ihre Schreibmaterialien in denjenigen Papierhandlungen zu kaufen, wo sie von denselben hingewiesen werden, so wenden Sie sich mit dieser Beschwerde an den Magistrat, resp. den königlichen Kreis-Schulinspektor, event. an die königl. Regierung.

R. D. Wollstein. Die Mitglieder der Bezirkskommission für die klassifizierte Einommensteuer im Regierungsbezirk Posen sind folgende Herren: Stadtrath Annab (Posen), Rittergutsbesitzer Graf Zobel, to wski-Gluchowo, Rittergutsbesitzer v. Stablowski-Zaleski, Rittergutsbesitzer Graf Boninske-Wreidchen, Rittergutsbesitzer Graf v. Koscielski-Emilowo, Rittergutsbesitzer Buttell-Wykom, Rittergutsbesitzer v. Treskow-Nadojowo, Rentier Franke-Lissa, Gutspächter Gladysko-Zimino, Mühlbesitzer Michaelis-Großdorf, Gutsdorf v. Bröder-Kamien, Eigentümer Boberstki-Pierwojowo; Stellvertreter: Rittergutsbesitzer v. Sander-Charcice, Rittergutsbesitzer v. Radonki-Kreslice, Rittergutsbesitzer Cassa-Ditorowo, Kaufmann Liszkowski-Posen, Gastwirth Koszewski-Kielczewo, Posthalter Biesolt-Stenzewo.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Strombericht.

- aus dem Sekretariat der Handelskammer zu Posen. 14. Juni: Zille Nr. 16,234, Anton Lehmann, 2200 Ztr. Brennholz, von Dornik nach Berlin.

Standesamt der Stadt Posen.

In der Woche vom 11. Juni bis 18. Juni 1880 wurden angemeldet: Aufgebote. Wirthschafts-Inspktor Carl Kobowski mit Julianne Sulczewska, Maurer Ludwig Stachowiak mit Richalina Matela, Bäcker Nicodemus Radziszewski mit Stanislaw Dobrowolska...

Geburten.

Ein Sohn: Feldwiel Wilhelm Marztein, Maurer Heinrich Schulz, Postillon Andreas Pilarczyk, unverhel. B., Schuhn. Ignaz Szeniowicz, Schuhn. Lorenz Kamierski, Arbeiter Felix Kubiak, Kaufmann Nidor Kalischer, Sergeant Friedrich Nabe, Arbeiter Johann Martin, Briefträger Hermann Deinert, Schriftföher Johannes Laich, Schneidermeister Joseph Marek, unverhel. M., Schuhn. Franz Bukiewicz, Kaufmann Emil Brumme, Musikmeister Jakob Nothe, Schneider Johann Reszkowski, Bureau-Assistent August Dalms, Arbeiter Johann Rolafinski, Restaurateur Carl Niebel, unverhelichte S., Sattler Leopold Skofalski, Schuhn. Peter Nijal, Schlossermeister Adolf Schild. — Eine Tochter: Drechsler Johann Weglewski, Kaufmann Julius Jessel, unverhelichte Z., Klempnermeister Franz Greszkowiak, Schneider Michael Jarzyna, Bots Wilhelm Fredmann, Rentier Paul von Skolnicki, Arbeiter Franz Jachowski, Arbeiter Andreas Jozwiak, Arbeiter Gottfried Schmidt, Arbeiter Niediger, Schuhn. Johann Kolendowicz, Reg.-Sekret. Robert La Roche, Bureau-Assistent Rudolph Alberti, Schuhn. Johann Lewandowski, Arbeiter Julius Engmann, unverhelichte W., unverhelichte B., Dach,









Grösste Menagerie Europa's von C. Kaufmann. Auf dem Kanonenplatze! Grösste Menagerie Europa's von C. Kaufmann. Ist eingetroffen und von heute an bis 5. Juli täglich von Morgens bis Abends geöffnet.

C. KAUFMANN. Helena mit 4 Löwen. Ein Gastmahl in Indien dargestellt durch C. Kaufmann mit dem großen Elephanten und einem Neus-Affen.

Gasthof. Umzugshalber bin ich Willens, meinen hier am Markt belegenen Gasthof, verbunden mit Colonialwaaren, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Ein Gasthaus in einem Kirchendorf, an der russisch-polnischen Grenze gelegen, mit angrenzendem Garten und einigen Morgen guten Boden.

M. Deutschmann in Gnesen. Ein Landgut bei einer fl. Stadt in Westpr., 400 Morg., 2 Weizb., 3 gut Roggen, 1 leicht, 86 Mg. Viehe.

Vorteilhafte Gelegenheit zum billigen Erwerb eines Güter-Complexes. Das im Kreise Neidenburg in Ostpreußen belegene Rittergut Klein-Roschlau mit Sombek nebst Rittergut Wasthoff, Areal 6095 Morgen.

Ein in Posen seit mehr. Jahren besteh. Geschäft, mit einem Umsatz von jährl. ca. 40,000 M., ist veränderungshalb. bill. z. verk. Näh. Ausf. erth. L. Gutowski, Jesuitenstr. 5.

6 junge braune Pferde im Alter von 4, 3 1/2 und 3 Jahren, 4 Wallache und 2 Stuten, von königlichen Hengsten gezogen, stehen preiswürdig zum Verkauf in Ostrowo bei Argenau (Bahnhstation).

Pferde, gesunde, fleischige, lauft die Menagerie C. Kaufmann. Für Hunde-Liebhaber. Acht junge schwarze Pudel zu haben Grünstr. 3 bei Misohko.

Moras haarstärkendes Mittel (Kölnisches Haarwasser) erfunden 1832 von A. MORAS & Co. Königl. Hoflieferanten in COLN a/Rh.

Depôt in Posen bei C. Bardfeld, Neustrasse 6. Asthma Richard'sches Mittel als 1000 Zeugnisse von Personen, welche durch die Methode des Herrn Dr. Aubré in Forlé-Vidame (Euro et Loir) geheilt wurden.

Ein Gut mit 5-700 Morgen gutem Boden und guten Birtschafthausgebäuden wird in der Provinz Posen baldigst zu kaufen gesucht.

Spiztorken steht sehr billig zum Verkauf. Näh. sub K. D. 1143 durch Rudolf Woffe, Berlin C., Königsstr. 50.

Aufruf. Um eine Zuckerfabrik bei Schroda anzulegen, haben sich die Unterzeichneten mit den Unternehmern einer solchen Fabrik, Herren Selig Auerbach, Reimann und Rath in Amsee über die Bedingungen zur Gründung dieser Zuckerfabrik mit gemeinschaftlichen Mitteln in Einverständnis gesetzt.

Generalversammlung auf Montag den 28. Juni 1880, Abends 7 1/2 Uhr, im Lambert'schen Konzertsale, eingeladen.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung. 2. Abnahme und Dechargirung der Rechnung für das Jahr 1879. 3. Vorlegung des Etats pro 1880.

Das Direktorium des Sterbekassen = Renten = Vereins für die Provinz Posen. Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Stand am 1. Juni 1880. Versichert 55,132 Personen mit 370,056,000 Mark. Bankfonds 91,800,000. Die Bank erhebt keine Aufnahme-Gebühren, vertheilt alle Ueberschüsse voll und unverkürzt an die Versicherten.

!! Stickereien für Synagogen !! Kirchen, und Fahnen für Vereine in Gold, Silber und Seide sowie jeder Art Stickereien fertigt das Atelier Isidor & Rosalie Reiter, Breslau, Unterbär Nr. 1.

J. Zeyland's Fabrik für Bau- und Möbel-Eislerei empfiehlt seine Fabrikate zu den solidesten Preisen. Patent-Schreibtische und alle Sorten Möbel befinden sich stets auf Lager.

F. Steuding's Färberei, Wilhelmsplatz 10. Mit dem 1. Juli d. J. wird das hierorts betriebene Geschäft gänzlich aufgelöst; es werden daher alle diejenigen, welche noch Sachen zum Färben gegeben, ersucht, dieselben umgehend abholen zu wollen.

75 Tausend Abonnenten Berliner Tageblatt

Vorzüge des Blattes: Täglich zweimaliges Erscheinen als Morgen- und Abend-Blatt, wodurch das „Berliner Tageblatt“ in der Lage ist, seinen Lesern alle Nachrichten stets zwölf Stunden früher als jede nur ein Mal täglich erscheinende Zeitung zu bringen.

Paul Heyse „Die Hexe vom Corso“ bieten zu können. Sodann erscheint von

Wilkie Collins „Jezabels Tochter“. Dieser in höchstem Grade spannende Roman des berühmten englischen Autors wird sicherlich die weitgehendsten Erwartungen befriedigen.

drei Separat-Beiblätter: das illustrierte Witzblatt „ULK“ das belletristische Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ sowie die Wöchentl. Mittheil. über Landwirtschaft, Gartenbau u. Hauswirthschaft.

Diese Fülle anregenden und unterhaltenden Lesestoffes bietet das „Berliner Tageblatt“ zu dem enorm billigen Abonnements-Preise von (für alle 4 Blätter zusammen) 5 Mk. 25 Pf. (incl. Postprovision) wodurch es sich den bis jetzt auch nicht annähernd von einer andern deutschen Zeitung erreichten festen Stamm von 75,000 Abonnenten erworben hat.

Kanoldt's Tamarinden-Conserven angefertigt in der Stadtapothek zu Gotha. Dieses rein pflanzliche Abführmittel verleiht einen regelmäßigen Stuhlgang ohne Befästigung des Magens und ohne Reizung der Darmschleimhaut.

Hypotheken-Convertirung. Kein Grund- und Hausbesitzer sollte bei der jetzt herrschenden Geldabundanz versäumen, seine Hypotheken in billigere zu convertiren.

„Offizielle Bestimmungen über das Abiturienten-, Primaner-, Fähnrich-, Freiwilligen- und Seefabten-Examen“ bearbeitet von Dr. J. Killisch, Direct. des Militär-Pädagogiums in Leipzig.

Ein Gut, 557 Morg. Gerstenbod., 1 Kl., m. vollst. Inventar, 10,000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen.

Für Guts-käufer!! Ein große Auswahl in hiesiger Provinz günstig belegener Güter, jeder beliebigen Größe, weist zum preiswerthen Anfaufe nach Gerson Jarecki, Sapichplatz 8 in Posen.

Ein Wohnhaus mit 6 Zimmern, 2 Küchen, Einfahrt, schöne Lage in der Stadt, großem Gemüsegarten und Wiese; ferner ein Wohnhaus mit Stallung, Scheune, großem Obst- und Gemüsegarten, kleinem Weinberg, 10 Morgen Land, Alles in bestem Zustande, sind sof. unter günst. Bed. zu verk. Gesf. Anf. beliebe man an die Exped. d. „Nachrichten“ in Züllichau zu richten.

Ein Gut mit 5-700 Morgen gutem Boden und guten Birtschafthausgebäuden wird in der Provinz Posen baldigst zu kaufen gesucht.

